

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 70 (1976)
Heft: 7-8

Artikel: Die Menschenrechte und der Krieg
Autor: Somerville, John
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142581>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Tillich die Weisheit seiner auf Liebe begründeten Pädagogik. Das in dem betreffenden Text (Korinther 16, 13-14) mehrmals vorkommende «seid» erklärt er als «Werde, was du bist», damit verbunden aber auch die Forderung, von niemandem zu verlangen, was er nicht ist. Die Unmöglichkeit von einer gespaltenen Persönlichkeit zu verlangen, daß sie stark sei, überwindet Tillich mit Hoffnung: «Heilende Kraft, die aus dem tiefsten Grunde kommt, auf dem wir im Glauben stehen, kann den Menschen ergreifen, ihm Mut geben und ihn seine Einheit wiederfinden lassen. Es ist der Gott, der die Angst der Zerrissenheit auf sich nimmt. Dieser Mut ist der innerste Kern des Glaubens. Er bejaht unser Sein, selbst wenn er es verwirft. Aus diesem Mut wächst unsere größte Stärke, er überwindet die Mächte, die unsere Welt und unsere Seele spalten.» — Ähnliche Führung zum Auffinden und Erlangen der Weisheit gibt Tillich in der Predigt «Ueber die Weisheit». Es können «alle Menschen Weisheit haben, nicht nur die Wissenden ... Es gibt Weisheit in Müttern und in einsamen Frauen, in Kindern und jungen Menschen, in Hirten und Taxifahrern, gelegentlich finden wir auch Weisheit bei den Gelehrten. Sie alle bezeugen ihre Weisheit durch die Hinnahme ihrer Grenzen, ihrer Endlichkeit.»

Die Menschenrechte und der Krieg

Am 4. Juli 1776 erklärten die damaligen dreizehn englischen Kolonien an der Ostküste Amerikas feierlich ihre Unabhängigkeit von Großbritannien. Ein Passus über die Sklaverei, den **Thomas Jefferson**, der Verfasser der Proklamation einfügen wollte, wurde von den Abgeordneten gestrichen. Die Rechte, die die jungen Staaten als «selbstverständlich» erachteten — «das Recht auf Leben, Freiheit und das Streben nach Glück» galten nur für die Weißen. Daß sie heute, zweihundert Jahre nach jener Erklärung, überhaupt noch eine Bedeutung haben, muß man angesichts der Gefahr einer Vernichtung alles Lebens durch den drohenden Weltkrieg der Atommächte bezweifeln.

Professor **John Somerville**, der an der California Western University lehrt, weist in einem Aufsatz «Die Menschenrechte und der Krieg» nach, wie sehr die Politik der USA-Regierungen insbesondere der letzten dreißig Jahre gerade das primitivste Recht, das Recht auf Leben, in Frage gestellt hat. Seine Forderung, daß letzte Entscheidungen immer vom Volk, oder seinen Abgeordneten getroffen werden müssen, und nicht von der Exekutive, gilt für jedes Land, das sich demokratisch nennt. Professor Somervilles Ausführungen über dieses Thema, die wir den «**Darmstädter Blättern**» (Nr. 4, 1976) entnehmen, verdienen das volle Interesse unserer Leser. — Red.

«Der Völkermord, wozu der Krieg sich entwickelt hat, ist unvereinbar nicht nur mit dem «Würde» genannten Wert, sondern mit allen menschlichen Werten, nicht nur mit dem Recht, ein Leben in Würde zu führen, sondern mit allen Menschenrechten, angefangen mit dem Recht auf Leben. Mit anderen Worten, wir haben einen Punkt erreicht, wo die Individuen als Individuen und die Gesellschaft als Gesellschaft das große Bedürfnis und die Verpflichtung haben, etwas Wirksames zu tun hinsichtlich des Krieges und dessen, wozu er sich entwickelt hat und sich weiterhin entwickelt, als sie je zuvor gehabt haben oder als sie irgend etwas hinsichtlich irgend etwas anderem zu tun haben. Wir

wollen versuchen, ein wenig Licht auf bestimmte Aspekte dessen, was zu tun nötig und möglich ist, zu werfen, beginnend auf seiten der Regierung — insbesondere der demokratischen Regierung.

Wozu ist eine demokratische Regierung verpflichtet? Oder genauer, wozu ist unsere demokratische Regierung verpflichtet? «Wir halten diese Wahrheiten für selbstverständlich», heißt es in unserer Unabhängigkeitserklärung, in der die Frage im letztlichen Zusammenhang von Freiheit und Unterdrückung, Leben und Tod zu beantworten war, «daß alle Menschen gleich geschaffen sind, daß sie von ihrem Schöpfer mit bestimmten unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind, daß sich unter diesen Leben, Freiheit und das Streben nach Glück befindet, daß zur Sicherung dieser Rechte Regierungen unter den Menschen eingerichtet werden, die ihre angemessene Macht von der Zustimmung der Regierten herleiten, daß immer, wenn eine Regierung diese Ziele zu vereiteln droht, das Volk das Recht hat, sie zu ändern oder abzuschaffen und eine neue Regierung einzusetzen, die sich auf diese Grundsätze stützt und ihre Kräfte in der Weise organisiert, daß es allen als höchstwahrscheinlich erscheint, daß sie ihre Sicherheit und ihr Glück bewirkt.»

Mit anderen Worten, wir besitzen nicht die Menschenrechte, weil wir eine Regierung haben. Wir haben eine Regierung, weil wir Menschenrechte besitzen, und wir setzen eine Regierung ein, um diese Rechte zu schützen und durchzuführen. Es ist nicht die Regierung (es sind nicht diejenigen, die das Amt innehaben), die letztlich und legitim entscheidet, welche Menschenrechte das ganze Volk haben soll; es ist das ganze Volk und nur das Volk, das letztlich und legitim entscheiden kann, welche Rechte und Macht die Regierung haben soll und welche Rechte und Kompetenzen beim Volk verbleiben. Das ganze Volk, oder die Mehrheit, hat schließlich das Recht und die Pflicht zu entscheiden, ob die Regierung ihre Rechte erfüllt oder verletzt hat, und jede Regierung zu beseitigen, wenn nötig mit Gewalt, die ihrer Meinung nach ihre Rechte verletzt hat. Das ist der nicht zu vermindernde Sinn der Souveränität des Volkes, die letztlich Rechtfertigung für die amerikanische Revolution und die endgültige Legitimierung der Vereinigten Staaten als politische Ganzheit.

Jeffersons Darstellung ist zugleich explosiv zusammengepreßt und glänzend aufgebaut. Das erste Menschenrecht ist das Recht auf Leben, das Recht, seine natürliche Spanne auszuleben, das Recht, sein Leben nicht durch eine willkürliche, illegale, unrechte oder unrechtmäßige Handlung von irgend einer Seite, zuerst und vor allem nicht von irgend einer Regierung, beenden zu lassen. Den schwersten Fehler, den eine Regierung machen kann, das größte Verbrechen, das sie begehen kann, ist, das oberste Menschenrecht zu verletzen, das zu schützen sie

eingesetzt wurde: das Recht auf Leben. Keine Tyrannei könnte darüber hinausgehen, weil das Recht auf Leben die Voraussetzung für die Ausübung aller anderen Rechte und für die Möglichkeit der Erlangung jeglicher anderen Werte ist.

Wie der einzige Grund, der in den vergangenen Zeiten rechtfertigen konnte, was man damals Krieg nannte, die Möglichkeit war, daß als Ergebnis des Krieges ein Reingewinn an menschlichen Werten entstehen konnte, so war der einzige Grund, daß das Kriegführen seitens einer Regierung nicht an sich eine Verletzung des obersten Menschenrechts auf Leben war, die Möglichkeit, daß der Verlust einer bestimmten Anzahl Menschenleben im Kriege den Verlust einer noch größeren Anzahl verhindern könnte, falls sich die Vorkriegssituation fortsetzt. In dem Ausmaße, wie diese Möglichkeit infolge der zunehmenden zerstörerischen Wirkung der Waffen geringer wird, wird die Kriegführung immer weniger geeignet, die Menschenrechte zu schützen oder durchzusetzen. Der ganze Sinn einer demokratischen Regierung ist, daß, wenn ein solcher Punkt erreicht ist, es immer weniger möglich wird, den Krieg als legitime Macht der Regierung anzuerkennen. Wenn die Regierungen von Menschen eingesetzt werden, um die Menschenrechte zu sichern, und die Regierungen die angemessene Macht von der Zustimmung der Regierten zu diesem Zwecke herleiten, gibt es keinen rechtmäßigen Grund, aus dem eine Regierung die Macht beanspruchen könnte, um das zu tun, was die Menschenrechte nicht sichern, sondern nur vernichten könnte. Es würde auch keinen vernünftigen Grund geben, aus dem eine Gruppe von Menschen, eine Majorität oder Minorität, rechtmäßig beanspruchen könnte, Regierungen eine solche Kompetenz verliehen zu haben. Denn die Theorie der Demokratie beschränkt sich nicht darauf, zu sagen, daß eine Regierung *j e d e* Kompetenz haben soll, die ihr zu verleihen das Volk bewegt werden könnte, zuzustimmen. Es beginnt damit, daß man sagt, daß die Regierungen für einen bestimmten Zweck eingesetzt werden: die Menschenrechte zu sichern. Somit kann die Macht rechtmäßig nicht einer *d e m o k r a t i s c h e n* Regierung für einen entgegengesetzten Zweck verliehen werden, und die besondere Macht, die die Regierung innerhalb des begrenzten Rahmens besitzen soll, ist durch die Zustimmung der Regierten zu gewährleisten, vorzuenthalten oder wegzunehmen.

Begriff der Menschenrechte liegt moderner Demokratie zugrunde

Mit anderen Worten, der Begriff der Menschenrechte liegt der Idee der modernen Demokratie im allgemeinen und unserer Demokratie im besonderen durch ausdrückliche Formulierung von *A n f a n g a n z u g r u n d e*.

Im Hinblick auf diese Rechte ist es nun notwendig, die Tatsache zu erkennen und danach zu handeln, daß die Geschichte einen Punkt erreicht hat, wo die Macht zum Kriegführen aus der Reihe der Mächte herausgenommen werden muß, die von einer Regierung rechtmäßig ausgeübt werden können.

Es ist nicht naiv, zu meinen, daß das geschehen kann. Die Geschichte des Regierens ist eine Geschichte sowohl beseitigter als auch neu hinzugefügter Mächte. Während des weit größeren Teils der Menschheitsgeschichte stellte die Versklavung und die Durchsetzung der Sklaverei eine der wichtigsten Mächte der Regierung in der ganzen Welt dar. Es war nicht nur eine Macht, die physisch ausgeübt wurde, sondern sie war auch im Gesetz verankert, wie auch in den Moralgeboten und etablierten Religionen anerkannt, von führenden Philosophen verteidigt und begründet, und spiegelte sich allgemein in den Gewohnheiten und Haltungen der Menschen wider, die in der Kindererziehung eingepflanzt und durch die herkömmliche Aufzucht eingefleischt worden sind. Und doch kam die Zeit, als jeder Aspekt dieser vorherrschenden Situation umgekehrt wurde: Die physische Macht wurde beseitigt, das Gesetz bestrafte, was es vorher geschützt hatte, Religion und Moral verdammt, was sie zuvor gebilligt hatten, die Philosophie griff an, was sie vorher gerechtfertigt hatte, neue Gewohnheiten und Haltungen verwurzelten sich darin, was vorher unberührbar war, und wurden durch neue Erziehung eingefleischt, die vorher undenkbar war.

Die Beseitigung der Macht zum Kriegführen würde ein sozio-historisches Ergebnis von nicht größerer Reichweite, Tiefe und Verschiedenartigkeit der Aspekte sein als jene, wenn auch größere in seiner Dringlichkeit.

Wirkkraft der Ideen plus Wirkkraft des Wirtschaftsplans

Wie aber wird eine so weit gehende soziale und ideologische Umformung, eine Umformung sowohl der Praxis als auch der Theorie, eine Umwertung der Werte, um Nietzsches Ausdruck zu gebrauchen, möglich werden? Welches sind die sozialen Triebkräfte, die kausalen Wirkkräfte eines Prozesses dieser Art? Das ist natürlich eine der im Mittelpunkt stehenden Fragen dessen, was wir Philosophie der Geschichte oder historische Soziologie nennen. Die Lösungsversuche zu dieser Frage haben sich gewöhnlich in zwei Hauptrichtungen aufgeteilt, die von marxistischen Schriftstellern mit den Begriffen Idealismus und Materialismus unterschieden wurden. Der erstere verlegt die hauptsächliche kausale Wirkkraft in den Geist der Menschen, in ihre Ideen, und sagt, daß, wenn die Menschen ihre Ideen ändern, sie dann auch ihre sozialen Einrichtungen ändern. (Das ist, worüber Marx als den ideologischen

Trugschluß, das «falsche Bewußtsein» herzieht). Der zweite verlegt die hauptsächlich kausale Wirkkraft in die Wirtschaftssysteme der Menschen in der Weise, daß die zugrunde liegenden ökonomischen Beziehungen zwischen den Gruppen den Rohstoffquellen und Werkzeugen der Produktion, die zur Verfügung stehen, angepaßt werden müssen, und sagt, daß, wenn sich die Rohstoffquellen, Produktionsmittel und Produktionsweisen der Menschen ändern, die Menschen ihre sozialen Einrichtungen und die funktional mit diesen Einrichtungen verbundenen Ideen ändern. Jeder dieser Versuche anerkennt unter den kausalen Wirkkräften des historischen Prozesses sowohl das Spiel materieller Kräfte als auch das Spiel von Ideen: der wesentliche Streit geht darum, welches die ursprüngliche, das heißt die stärkere kausale Kraft ist. In der Antwort auf diese Frage liegt der Schlüssel nicht nur zum Verstehen der Geschichte, sondern auch der Strategie der Politik.

Der Standpunkt, der in diesem Aufsatz eingenommen worden ist, hängt nicht davon ab, ob eine dieser Näherungen an die Philosophie der Geschichte wahr ist und die andere falsch. Tatsache ist, daß die Beseitigung der Macht zum Kriegführen aus den rechtmäßigen Mächten der Regierung unmittelbar an die Entwicklung der Hilfsquellen und Produktionskräfte gebunden und gleichzeitig eine Idee ist, die unabhängig von dem besonderen Charakter und den Folgen der gegenwärtigen Produktionsweise eine ungeheure moralische Kraft besitzt. Es muß in diesem Zusammenhang festgestellt werden, daß die Produktionsweise und die Destruktionsweise im Grunde ein und dieselbe sind. Die militärische Rüstung ist natürlich nur ein Aspekt und Nebenprodukt der allgemeinen industriellen Technik und hängt von den Quellen und Werkzeugen ab wie die allgemeine industrielle Produktion. Es ist klar, daß die neuen Quellen, Kräfte und Werkzeuge, die in unseren Tagen aufgetaucht sind — die Atomenergie, die Automation, die kybernetischen Vorrichtungen — gleichermaßen wirksam zu menschlich konstruktiven oder unmenschlich destruktiven Zwecken verwendet werden können. Vom moralischen Standpunkt aus besteht zwischen diesen beiden Zwecken eine Welt des Unterschieds (in diesem Falle in wörtlichem Sinne, denn es kann der Unterschied sein zwischen dem, eine Welt zu besitzen oder keine Welt zu besitzen), aber vom technischen Standpunkt aus besteht kein Unterschied.

Nun ist die Grundthese des Marxschen historischen Materialismus, daß die primäre Ursache, die stärkste kausale Wirkkraft der Veränderung dessen, was er den sozialen Ueberbau nennt — Regierungsformen, Gesetzssysteme, Moralgebote u. dgl. —, in dem Prozeß besteht, durch den neue Entwicklungen der ökonomischen Basis — Quellen, Kräfte, Werkzeuge, Produktionsbeziehungen — Umwandlungen des Inhalts des

sozialen Aufbaus notwendig machen. Das Entstehen der Atomtechnik mit ihrer thermo-nuklearen Rüstung, die eine qualitativ neue moralische und politische Bewertung des Krieges und der Regierungsmächte erforderlich macht, sollte als ein klassisches Beispiel dafür erkannt werden, wovon Marx spricht. Es kann kein Zweifel bestehen, daß er, wenn er heute lebte, der erste wäre, das als solches zu identifizieren.

Es besteht hier eine enge Analogie zum Problem der Sklaverei in einer Reihe von Aspekten. So tief die Sklaverei auch in der sozialen Praxis verwurzelt und so umfassend sie in der Gesellschaftstheorie gerechtfertigt worden war,

wurde sie doch durch den Druck des wirtschaftlichen Bedarfs und den Fortschritt der Produktionsweise immer unzuweckmäßiger und unrentabler.

Wenn es auch immer einigen Einwand gegen die Sklaverei gegeben hat, ist es doch historische Wahrheit, daß, solange dieser Einwand nur auf moralischen Gründen beruhte, ihm nur von einer verschwindenden Minderheit von Moralisten und Geistlichen Ausdruck verliehen wurde, deren Mehrheit damals die Sklaverei (oder Leibeigenschaft) nicht verdammt, und dieser Einwand schaffte die Sklaverei als gesetzlich geschützte und gesetzlich durchgesetzte Institution nicht ab. Der moralische Protest wurde in dem Verhältnis wirksamer und ausgedehnter, wie die wirtschaftliche Wirksamkeit, Einträglichkeit und Zweckmäßigkeit der Sklaverei als Produktionssystem im Wettstreit mit dem neu entstehenden Produktionssystem — der industriellen Lohnarbeit — abnehmen.

In derselben Weise hat es immer einigen Einwand gegen den Krieg als soziale Praxis von seiten einer kleinen Minderheit der Moralisten und Geistlichen gegeben, aber der Krieg blieb eine Praxis, die als solche von der Mehrheit der Kirchen nicht verdammt, vom Gesetz sanktioniert und den Bürgern aufgezwungen wurde. Heute scheint jedermann zu erkennen, daß die Hauptursache dieser Situation eine wirtschaftliche war: Kriege sind eine Quelle des Profits gewesen. Es kommt jetzt darauf an, zu erkennen, daß die ganze Situation wirtschaftlich und historisch ausgespielt hat. Jetzt, wo die Atomenergie mit der thermo-nuklearen Rüstung als eines ihrer Nebenprodukte auf der Bildfläche erschienen ist, wird die Praxis des Krieges als eine Handlungsweise, bei der die Nationen die stärksten Waffen anwenden, die zur Verfügung stehen, zur unrentabelsten aller Praktiken.

Totale Kriege können von keiner Seite gewonnen werden; der Untergang beider kann total sein. Das bedeutet, daß zum erstenmal in der Menschheitsgeschichte die moralische Triebkraft gegen den Krieg mit der ökonomischen verschmilzt.

Zum erstenmal hat die Antikriegsmoralität in der Praxis eine Erfolgchance. Wir, die wir heute leben, stehen in der ganzen Welt in bezug auf den Krieg da, wo die Verfechter der Sklavenbefreiung in Amerika in den 1850er Jahren in bezug auf die Sklaverei, oder wo die russischen Westler in bezug auf die Leibeigenschaft gestanden haben.

Fortsetzen der Kriege mit konventionellen Waffen undenkbar

Natürlich wäre es denkbar, daß der Krieg oder zumindest die Kriegsvorbereitung so lange wirtschaftlich rentabel bleibt, wie die eine oder andere zweier Bedingungen sich behaupten könnte: Die eine ist die Fortsetzung der Herstellung und Verbesserung der thermo-nuklearen und ähnlichen Rüstung, die jedoch nie angewandt wird; die andere ist die vollständige Vernichtung aller vorhandenen Vorräte an thermo-nuklearen Waffen gleicher Zerstörungskraft und Einstellung ihrer Herstellung, während sich Kriege mit den konventionellen Waffen fortsetzen würden. Aber die Erfahrung der Vergangenheit liefert keine Anzeichen irgendwelcher Wahrscheinlichkeit von Bedeutung dafür, daß irgend eine dieser Bedingungen aufrecht erhalten werden könnte. Wenn die Waffen vorhanden sind, sind die Möglichkeiten gegeben, daß sie angewandt werden, und wenn totale Kriege mit konventionellen Waffen beginnen und ziehen sich hin, ohne daß die eine oder andere Seite den Sieg erringt, bestehen die Möglichkeiten, daß die Atom- oder eine Rüstung mit ähnlicher Zerstörungskraft hergestellt und angewendet wird. Der einzige Weg, auf dem die Welt, die nun einmal die Tür zur Atomtechnik geöffnet hat, zu überleben hoffen kann, ist, die Tür zum Krieg völlig und für immer zu schließen.

Die Welt, die die verhängnisvolle Tür geöffnet hat, ist eine geteilte Welt sich verbissen bekämpfender Mächte und Systeme — kapitalistische Macht gegen kapitalistische Macht, sozialistische Macht gegen sozialistische Macht, und das kapitalistische System gegen das sozialistische System. Bis jetzt hat noch keine Macht und kein System in einem Grade, der der Bedeutung und Dringlichkeit des Problems angemessen wäre, aufgehört, den Krieg in die Ueberlegungen einzubeziehen. Der vorherrschende Gedanke auf jeder Seite, insoweit als sich die Frage ernstlich stellt, ist, daß wir in der Lage seien, den Krieg los zu werden, nachdem wir die Konkurrenten los geworden sind, die die Zusammenarbeit verweigern; inzwischen müßten wir fortfahren, den Krieg zwischen sich befehdenden Mächten und Systemen in diese Ueberlegungen einzubeziehen. Da aber den Hauptkonkurrenten thermo-nukleare Waffen zur Verfügung stehen, ist diese Denkweise eindeutig ein Heilmittel, das schlimmer ist als die Krankheit.

Friedensproblem m u ß in ideologisch geteilter Welt gelöst werden

Mit anderen Worten,

wenn das Friedensproblem in einer ideologisch geteilten Welt nicht gelöst werden kann, wird es nie gelöst werden. Es wird nur aufhören zu bestehen, wenn die Welt aufhören wird zu bestehen, weil die Wahrscheinlichkeit besteht, daß die Versuche, die Welt ideologisch mit Methoden zu einigen, die die Anwendung eines offensiv oder defensiv geführten totalen Krieges einschließen, zur allgemeinen thermo-nuklearen Zerstörung führen werden.

Diese neue Wahrheit, die in unserer Welt aufgetaucht ist, zu verstehen und danach zu handeln, bedeutet nicht, die Politik aufzugeben, auf die sozialen Kämpfe zu verzichten oder Revolutionen zu verurteilen. Es muß erstens und abseits aller politischen Emotionen oder moralischen Empfindung, stamme sie nun von links, rechts oder mitte, vom Naturalismus oder Supernaturalismus, erkannt werden, daß in dem Maße, wie eine Politik, Strategie oder Taktik, legal oder illegal, in einem «gerechten Fall» oder einem «ungerechten Fall» wahrscheinlich einen thermo-nuklearen oder ähnlich zerstörerischen Konflikt hervorruft, eine solche Politik als dumm verurteilt und praktisch verworfen werden muß. Es muß zweitens erkannt werden, daß die Außenpolitik, politische Strategien und Taktiken, revolutionäre Bewegungen und Kämpfe erfolgreich mit gewaltlosen Methoden durchgeführt werden können, selbst wenn der Gegner eine Art Gewalt anwendet, die, wenn ihr in gleicher Weise geantwortet würde, wahrscheinlich eine thermo-nukleare Massenvernichtung heraufbeschwört, insbesondere wenn der Gegner solche Gewalt anwendet.

Nehmen wir den äußersten Fall an, der sofort die Größe der Gefahr und das Ausmaß illustriert, in dem die gewöhnlichen Reaktionen, die eingewurzelten Einstellungen und vererbten Vorstellungen abgewandelt werden müssen, wenn die Menschheit unter den neuen Bedingungen am Leben bleiben soll.

Angenommen, die militärischen Feindseligkeiten und Zusammenstöße von anscheinend und anfänglich konventionellem und lokalisiertem Charakter erreichen einen Punkt der Konfrontation zwischen den beiden größten Mächten — unser Land und die Sowjetunion — bei der die eine auf das Territorium der anderen zehn thermo-nukleare Einheiten abwirft, die ein Zehntel der Industrieanlagen vernichten und zwanzig Millionen ihrer Bevölkerung töten. Der Leser (ob Amerikaner oder Sowjetrusse, macht keinen Unterschied) muß sich nun fragen: Wenn dies meinem Land und meinem Volke geschähe, welche Antwort darauf sollte ich befürworten oder unterstützen in der Annahme,

daß ich ernstlich glaube, mein Land sei «im Recht»? Alle alten Gewohnheiten, Verhaltensweisen, vererbten Vorstellungen von Pflicht, Ergebenheit, Mut, Patriotismus, dem Recht auf Selbstverteidigung und dergleichen stellen einen ungeheuren Druck in Richtung auf die Erwidern dar: «Zahle mit gleicher Münze heim, mit einem heftigeren Gegenschlag von zwanzig Einheiten, die zwei Zehntel ihrer Industrieanlagen vernichten und vierzig Millionen ihrer Bevölkerung töten werden». Zu gleicher Zeit wird derjenige, der dies erwidert, einsehen, daß er erwarten muß, die andere Seite werde umgekehrt erwidern: «Jetzt müssen wir vierzig Einheiten abwerfen, um achtzig Millionen zu töten», worauf natürlich die Gegenantwort achtzig Einheiten sind, um einhundertsechzig Millionen zu töten, und so fort bis zum Ende, das nicht weit weg sein wird. Wäre das nicht ein Stumpfsinn, im Vergleich zu dem alle wirklichen oder vorstellbaren Stumpfsinnigkeiten zur Unbedeutendheit verbleichen müssen?

Alternative zum Zurückschlagen. Geschichtliche Beispiele

Aber was wäre die Alternative?

Was würde geschehen, wenn wir nicht zurückschlagen? Würde der Feind nicht in unser Land einfallen und es besetzen? Wäre er dann nicht in der Lage, uns wie ein siegreicher Tyrann zu beherrschen? Wir wollen annehmen, daß all dies geschehen würde: Wäre das das Ende der Geschichte? Sicherlich gibt es Möglichkeiten, mit dem Tyrannen zurecht zu kommen, die weniger kostspielig, weniger selbstvernichtend sind als die Zerstörung der Welt und damit deiner selbst und all deiner Angehörigen!

Die Geschichte ist voll von Beispielen, in denen man sich mit Tyrannen abfand, nachdem sie «erobert» hatten, von Besetzern, die bald herausfanden, daß die Okkupation nicht rentabel sei, von «Siegern», die von den «Besiegten» absorbiert wurden. Jahrhundertlang hat China Invasionen absorbiert, ohne seine Identität zu verlieren. Dasselbe geschah mit der mongolischen Invasion in Rußland. Gandhis revolutionäre Politik der Gewaltlosigkeit hatte den Erfolg, die britische Okkupation Indiens zu beenden.

Das Drängen auf den Verzicht, auf die Methoden, Maßnahmen, politischen Entscheidungen und Verhaltensweisen, die zum totalen Krieg führen, muß mit wenigen Ausnahmen von seiten der einzelnen und Gruppen ausgehen, die keine Regierungsmacht besitzen.

Es kann nicht erwartet werden, daß es von denen ausgeht, die die Regierungsmacht in Händen haben, weil die Regierungsmacht von Natur aus die Macht ist, Entscheidungen mit physischen Mitteln durch-

zusetzen. Die stärksten dieser Mittel sind die Land-, See- und Luftstreitkräfte und ihre Waffenlager, die den Kern unseres Problems bilden, weil sie die größte Bedrohung der Menschenrechte und der menschlichen Würde darstellen, die je in der Menschheitsgeschichte bestanden hat

Der Regierung Kompetenz zum Kriegführen aus eigener Entscheidung entziehen

Unser Problem, das Problem der heutigen Menschheit, ist für die einzelnen Gruppen, der Regierung eine der ihr vor langer Zeit unter völlig anderen Bedingungen, als sie heute bestehen, erteilten Kompetenzen zu entziehen. Das ist der einzige Weg, auf dem der Mensch seine menschliche Würde retten und schützen kann.

Daß das nicht leicht sein wird, braucht kaum erwähnt zu werden, aber es ist nicht prima facie oder durch Definition unmöglich. Dinge von gleicher Schwierigkeit sind bereits getan worden. Es gibt Wege, es zu tun, und, was für unser gegenwärtiges Thema von gleicher Bedeutung ist, es gibt solche Wege, die als Wege mit der menschlichen Würde vereinbar sind.

Was verlangt wird, ist eine Art des Denkens, Verhaltens und Handelns, die in keiner Weise für unseren Sinn für Moralität verabscheuungswürdig ist, in keiner Weise den Geboten unserer weitestverbreiteten Religionen entgegensteht, in keiner Weise unseren Grundprinzipien einer politischen Demokratie widerspricht. Ja, was verlangt wird, ist, was schon immer von unserem Sinn für Moralität, von den Geboten unserer Religionen und von den Prinzipien unserer Demokratie verlangt worden ist.

Kirchen voran!

Jetzt ist die Zeit gekommen, sie auszuüben. Die Menschen, deren Religion gebietet «Du sollst nicht töten!», aufzufordern, sie sollten gemeinsam von Menschenschlächtereien Abstand nehmen, deren Religion seit nahezu zweitausend Jahren den Vorrang des Friedens sowohl als Mittel wie als Ziel gepredigt hat, sie sollten vom Massentöten als Mittel zur Erreichung des Zieles Abstand nehmen, sollte nicht dafür angesehen werden, als verlangte man etwas Ungewöhnliches oder undurchführbar Schwieriges. Wenn es undurchführbar schwierig wäre, was wäre dann der Sinn einer solchen Religion? Der Umstand, daß es unmöglich und ungewöhnlich erscheint, zeugt von dem Grade, in dem die mit den ökonomischen Notwendigkeiten verbundenen Praktiken alles andere überwältigen können. Sie nehmen in der Praxis nicht nur ihren Weg trotz der Tatsache, daß sie in (vernunftmäßig) klarem Wi-

derspruch zu geheiligten Prinzipien stehen, zu denen man sich in feierlichster Weise bekennt und immer wieder bekennt; sie werden auch von der großen Mehrheit der «Gläubigen» als Praktiken anerkannt, die nicht eigentlich zu den Prinzipien, zu denen sie sich bekennen, in Widerspruch stünden. Aber diese Situation hat sich geändert. Das Argument von der ökonomischen Notwendigkeit ist plötzlich im Nebel verschwunden. Ein totaler Krieg ist jetzt das Vorspiel zu wirtschaftlichem Selbstmord, zum erstenmal in der Geschichte durch Definition wirtschaftlich unrentabel.

Argument individueller Friedfertigkeit nicht stichhaltig

Es besteht auch keine moralische Stichhaltigkeit in der von so vielen Leuten vorgebrachten Entschuldigung, daß sie als einzelne nie losgehen und andere Menschen töten würden; sie seien nicht für die Kriege verantwortlich. Sie müßten Kriege hinnehmen, unterstützen und in ihnen kämpfen, weil es ihnen von der Regierung befohlen werde. Wenn es nach ihnen ginge, würde es keine Kriege geben. Diese Art Argumentierung könnte auf eine Situation passen, in der die Regierung beschließt, ein geheimes Forschungsprojekt zu unternehmen, um eine neue Waffe zu vervollkommen, aber sie paßt nicht auf das Führen oder Unterstützen eines Krieges. Es gibt viele Dinge, die eine Regierung im geheimen und ohne die offene und unterstützende Teilnahme oder Mitwirkung eines großen Teiles der Bevölkerung tun kann, aber darunter befindet sich nicht das Betreiben eines totalen Krieges. Wenn selbst eine bedeutende Minderheit von Einzelnen Nein sagt, jeder in seinen Aktionen seiner Altersgruppe angemessen, kann ein totaler Krieg nicht betrieben werden. Um wirksam zu sein, brauchen diese Aktionen nicht gewaltsam zu sein. Gandhi hat bewiesen, wie wirkungsvoll gewaltloser Widerstand sein kann. Es hat nie eine politische Bewegung gegeben, deren gesamte Auffassung von den Mitteln, Methoden und Praktiken stärker die menschliche Würde der Unterdrückten manifestierte, die sie entworfen hatte. Gandhi war dem Namen nach kein Christ, aber hat es je eine politische Bewegung gegeben, die ihrem Wesen nach christlicher war?

Schwere Verletzungen der Verfassung der USA durch ihre Regierung

Wenn die Praxis eines totalen Krieges heute in tieferem Widerspruch zur menschlichen Moralität und zum Christentum steht, als das je früher der Fall gewesen ist, muß dasselbe von der Beziehung des Krieges zur Demokratie, insbesondere in unserem Lande, gesagt werden. Nicht nur rechtfertigen die Prinzipien der Demokratie, wie sie in der Auffassung

von den Menschenrechten verwurzelt sind, die Entziehung der Macht zum Kriegführen einer Regierung als neuen und notwendigen Schritt im Hinblick auf die neuen Bedingungen, sondern auch die ungeheuerlich gefährlichen militärischen Verwicklungen unserer Regierung seit dem Zweiten Weltkrieg

sind nur durch die direkte Verletzung ausdrücklicher Bestimmungen, die von Anfang an in unserer Verfassung stehen, möglich geworden.

Eine der großen politischen und gesetzgeberischen Errungenschaften jener, die die Vereinigten Staaten von Amerika geschaffen haben, eine absichtliche, als Antwort auf die bitteren Lehren von Jahrhunderten autoritärer, absoluter und monarchistischer Regierung unternommene Handlung, war die Aufstellung einer verfassungsmäßigen Bestimmung, die der Exekutive die höchste Macht, Krieg zu führen, entzog und sie in die Hände des legislativen Zweiges der neuen Regierung legte. Das geschah in der eingestandenen Absicht, der verhängnisvollen Tendenz der exekutiven Macht, wenn sie von einem Mann in privaten Sitzungen mit seinen von ihm selbst ausgewählten Ratgebern ausgeübt wurde, ein wirksames Hindernis in den Weg zu stellen, in einen Krieg zu stürzen und dann, nachdem das geschehen ist, jedermann aus Gründen des Patriotismus zu Unterstützung und Opfer aufzufordern. Die Durchkreuzung dieser Absicht und die massive Verletzung des Gesetzes, das sie verkörpert, seit dem Zweiten Weltkrieg, bildet eines der unglaublichsten Kapitel unserer nationalen Geschichte, um so unglaublicher im Hinblick auf die geringe Beachtung, die man dem geschenkt hat, wenn man ihre entscheidende Bedeutung bedenkt.

Abraham Lincoln faßte die 1848 gegebene konstitutionelle Situation zusammen, als er schrieb: «Die Bestimmung der Verfassung, die dem Kongreß die Macht zum Kriegführen gibt, war, wie ich es verstehe, aus folgenden Gründen geboten. Die Könige hatten immer ihr Volk in Kriege verwickelt und es ausgepowert, wobei sie im allgemeinen, wenn nicht immer, vorgaben, daß der Kriegsgrund das Wohl des Volkes sei. Das begriff unser Konvent als die am meisten unterdrückende aller königlichen Unterdrückungen; und sie beschlossen, die Verfassung so zu entwerfen, daß nicht ein Mann die Macht in Händen halten soll, diese Unterdrückung über uns zu bringen.» Zur Zeit des Entwerfens der Verfassung hatte Thomas Jefferson geschrieben: «Wir haben bereits als Beispiel der Kriegsfurie ein wirksames Hemmnis entgegengestellt dadurch, daß wir die Macht, sie loszulassen, von der Exekutive auf die legislative Körperschaft, von denen, die auszugeben haben, auf die, die zu bezahlen haben, übertragen haben.»

Die Tatsache, daß die Verfassung den Präsidenten zum Oberbefehlshaber von Heer und Marine macht, darf nicht damit verwechselt

werden, ihm die Macht zur Entscheidung darüber zu überlassen, wann, wo, unter welchen Umständen und aus welchen Gründen das Land einen systematischen und langwierigen Krieg zu unternehmen habe. Die Macht, diese Entscheidung zu treffen, war ihm absichtlich aus den genannten Gründen vorenthalten und dem Kongreß übertragen worden, in dem sie öffentlich von den Repräsentanten aller Bereiche des Landes debattiert werden könnte, die somit Gelegenheit haben, z u v o r alle Alternativen abzuwägen und mit Stimmenmehrheit zu entscheiden, ob das, was auf dem Spiele steht, die Risiken, Kosten und Opfer eines Krieges wert ist. Denn der Krieg ist nur in der Durchführung eine technische Frage, wenn einmal beschlossen worden ist, in ihn einzutreten.

Die Entscheidung jedoch, in ihn einzutreten, ist nicht eine technische, sondern eine moralische Frage: es ist die Frage, ob das, um was es geht, einen Krieg wert ist. Die Bedeutung unserer konstitutionellen Forderung ist, daß diese Frage von Repräsentanten entschieden werden soll, die in Bereich, Zahl und Auswahl dem Willen des Volkes als Ganzem so nahe wie möglich kommen, das, wie Jefferson gesagt hat, «zu bezahlen hat».

Abwehr eines unprovokierten,
unerwarteten Angriffs durch Regierung ist berechtigt

Die Entscheidung, in einen Krieg einzutreten, ist natürlich eine Entscheidung, mit militärischen Operationen in großem Maßstab voranzugehen, die systematisch geplant sind, mit der Annahme der Möglichkeit, daß die Operationen sich auf Monate und Jahre ausdehnen werden. Diese Entscheidung, die in unserem Lande seit dem Zweiten Weltkrieg mehr als einmal (aber nicht vom Kongreß oder vom Volk) getroffen worden ist, die nun in der Macht von Menschen, die sie treffen, zu der schicksalsträchtigen Entscheidung geworden ist, darf nicht mit der Entscheidung verwechselt werden, einen persönlichen und unerwarteten Angriff auf uns abzuschlagen, werde er nun auf unser eigenes Territorium oder auf unser Personal oder Eigentum ausgeübt, das fern von unserem eigenen Territorium rechtmäßig stationiert ist. Es ist von jedermann voll verstanden worden, daß keine vorausgehende Aktion des Kongresses für irgend eine berechtigte Person nötig ist, sofort auf den Anschlag mit allen zur Verfügung stehenden militärischen Mitteln zu antworten, um das Leben und Eigentum zu schützen, wenn es angegriffen wird. Das ist ein Unglücksfall, nicht etwa ein Krieg. Die dann weiter zu treffende Entscheidung ist, mit diesem Unglücksfall mittels der Fortsetzung in einen Krieg fertig zu werden oder mit anderen Mitteln. Wie wir gesehen haben, ist die anerkannte Absicht und ausdrückliche Bestimmung der Verfassung, daß diese höchstwichtige Entscheidung, die, wenn sie einmal getroffen ist, ohne enorme Schwierig-

keiten nicht wieder rückgängig gemacht werden kann, nicht von der Exekutive getroffen werden soll, obwohl sie von ihr empfohlen werden kann, sondern vom Kongreß zu treffen ist.

Korea und Vietnam

Das Problem des Krieges besteht für die gegenwärtige amerikanische Generation zuerst und vor allem in der Tatsache, daß diese Entscheidung zweimal seit dem Zweiten Weltkrieg von der Exekutive getroffen und dann erst vor dem Kongreß und dem Volk mit der Begründung vertreten worden ist, daß jetzt unsere Jungen einen Krieg kämpfen und sie unterstützt werden müssen. Zur gleichen Zeit lehrt der Augenschein, daß, wenn der Kongreß vorher gefragt worden wäre, er keinen Krieg erklärt haben würde. Schließlich kostete der Korea-Krieg rund eine Viertelmillion amerikanische Opfer, einschließlich etwa 25 000 Toten. Wenn Präsident Truman nach der Verfassung gehandelt hätte, wie es seine eindeutige Pflicht war, hätte er, nachdem er zu dem Urteil gekommen war, daß Nordkorea Südkorea angegriffen habe, und zu dem weiteren Urteil, daß ein solcher Angriff uns zwingt, Krieg gegen Nordkorea zu führen, seine Tatsachen und Gründe dem Kongreß vorgelegt zwecks Anerkennung oder Ablehnung seiner Beurteilung, daß wir unsererseits Kriegshandlungen gegen und auf dem Territorium von Nordkorea einleiten sollten. Dies war der Vorgang, dem die Präsidenten Wilson und Roosevelt in den beiden Weltkriegen gefolgt sind. Handlungsweisen, wie Truman sie ohne Kriegserklärung angeordnet hat, eine «politische Aktion» zu nennen, ändert natürlich nichts an ihrem objektiven Charakter, ihrer Dauer und ihrem Ausmaß als Kriegshandlungen. Jeder Krieg ist in bestimmtem Sinne eine politische Aktion, die von einem Staat gegen einen anderen Staat unternommen wird.

In diesem Zusammenhang darf auch auf keinen Fall vergessen werden, daß Präsident Truman unsere Seestreitkräfte in den Kampf auf seiten Südkoreas gegen Nordkorea schickte und so die Vereinigten Staaten militärisch verpflichtete, bevor eine Entscheidung der Vereinten Nationen in Korea getroffen worden war.

Und natürlich wurde auch keine erwartet, da die Sowjetunion ihr Veto aufrechterhielt; es war nur der Abwesenheit des Sowjetdelegierten vom Sicherheitsrat zuzuschreiben, daß, als die Abstimmung erfolgte, die dem Vorstand die Begründung für die entgegengesetzte Regelung lieferte, die Vereinten Nationen entschieden, zu intervenieren. Auf jeden Fall hätte, selbst wenn Präsident Truman die Entscheidung der UN darüber, ob sie militärisch intervenieren würde, abgewartet hätte, dies ihm als einem durch die Verfassung der Vereinigten Staaten gebundenen

Beamteten nicht ein verfassungsmäßiges oder legales Recht gegeben, die Streitkräfte der Vereinigten Staaten ohne vorherige Entscheidung des Kongresses in einen planmäßigen Krieg zu schicken.

Unsere Hineinziehung in den Krieg in Vietnam hatte ähnlichen Charakter und erwies sich sogar noch als größer in Schwere und Dauer. Hätte Präsident Johnson es vorgezogen, das fundamentale Gesetz zu beachten, das hochzuhalten er geschworen hatte, würde er, nachdem er die Nachricht erhalten hatte, daß einige kleinere nordvietnamische Torpedoboote im Schutze der Dunkelheit, wie es unsere Marineoffiziere an Ort und Stelle beurteilten, versucht hätten, im Golf von Tonkin Schiffe unserer Flotte anzugreifen (obwohl keines unserer Schiffe getroffen wurde und wir keine Verluste hatten), und unsere Schiffe das Feuer auf die Torpedoboote erwidert und dabei einige davon versenkt hätten,

die Tatsachen dieses Vorfalles dem Kongreß vorgelegt, im Hinblick auf diesen Vorfall planmäßige Kriegshandlungen in großem Umfange empfohlen und den Kongreß um eine Kriegserklärung gebeten haben, die sie rechtfertigen würden.

Statt dessen erlangte er vom Kongreß nur eine allgemeine Entschliebung zur Unterstützung (wahrscheinlich nur, um alle Maßnahmen zu ergreifen, die ihm verfassungsmäßig erlaubt sind), aber er beschloß, die eine Maßnahme zu ergreifen, die verfassungsmäßig allein der besonderen Initiative des Kongresses vorbehalten ist (und die er insbesondere im Wahlkampf als Maßnahme hervorgehoben hatte, die er nie ergreifen würde), das heißt den Beginn eines Krieges in großem Umfange unsererseits in Vietnam. Zweifellos ging er so vor, weil er wußte, daß, wenn er den Kongreß um eine Kriegserklärung ersuchen würde, der Kongreß diese Erklärung nicht abgegeben hätte.

Warum keine Abwehr
gegen Verfassungsbruch durch Kongreß und USA-Bundesgericht?

Das amerikanische Volk ist diesem Problem des Krieges des Präsidenten noch nicht entschieden entgegengetreten, auch der Kongreß, wie auch die Justiz haben das nicht getan. Der Bundesgerichtshof hat sich immer wieder geweigert, über die Verfassungsmäßigkeit unserer militärischen Verstrickung in den Krieg in Vietnam zu urteilen, obwohl es gut begründet ist, daß eines der Rechte und Pflichten des Bundesgerichtshofes ist, über die Verfassungsmäßigkeit von Handlungen der Exekutive zu entscheiden, wenn dies ernstlich in Frage gestellt ist (wie das offensichtlich hier der Fall ist), und daß von den Parteien, für die ein materielles Interesse auf dem Spiel steht, in einem entsprechenden

Prozeß Klagen vorgebracht werden, wie das über diese Frage dutzende-male geschehen ist. Der Kongreß zeigte dieselbe Abneigung, diese Sache zu beachten, als eine Petition für eine Anklage in der Absicht, die Rechtmäßigkeit der Handlungen Präsident Johnsons in Vietnam zu prüfen, ordnungsgemäß von Anwälten dem Sprecher des Repräsentantenhauses vorgelegt worden war, wie es in der Verfassung vorgesehen ist. Der Sprecher übergab sie dem Justizkomitee, wo sie eines stillen Todes starb; das Komitee stellte in der Sache keine eigenen Untersuchungen an, noch berichtete es dem Hause von der Petition zum Zwecke einer Aktion dieser Körperschaft. Was das Volk, insbesondere die Jugend angeht, auf die Jeffersons Ausspruch «Diejenigen, die zu bezahlen haben» am unmittelbarsten anzuwenden ist, besteht von ihrer Seite aus ein wachsendes Ausmaß an Unruhe, Protesten, Tumulten, Ruhestörungen, zivilem Ungehorsam und Aufrührakten, wie dergleichen früher in diesem Lande nie zu sehen war. Gewöhnlich nennt man das den Zusammenbruch von Gesetz und Ordnung, was es auch ist. Ist es auch die Reaktion auf einen viel ernsteren Zusammenbruch von Gesetz und Ordnung?

USA heute:

Keine Gesetzesdemokratie, sondern Diktatur der Exekutive!

Ist es zuviel gesagt, daß, wenn wir in den Vereinigten Staaten feststellen, wiederholt durch Initiative und Entscheidung der Exekutive in große, planmäßige, sich in die Länge ziehende Kriege hineingezogen worden zu sein trotz der ausdrücklichen Bestimmung des Gegenteils durch unser fundamentalstes Gesetz, und die anderen Zweige unserer Regierung nicht bereit oder nicht fähig sind, dagegen etwas zu tun,

wir in den höchsten Dingen von Leben und Tod nicht in einer Gesetzesdemokratie, sondern unter der Diktatur der Exekutive leben?

Ist es zuviel gesagt, daß eine solche Diktatur in der heutigen Zeit der thermo-nuklearen Rüstung das Gefährlichste ist, was sich ein Mensch vorstellen kann? Ist es zuviel gesagt, daß das amerikanische Volk als Ganzes nicht ein Leben in Würde lebt, sondern tatsächlich die größten Unwürdigkeiten erleidet? Vielleicht kann die Situation in einer letzten Frage zusammengefaßt und kristallisiert werden, die allein die Zukunft beantworten kann:

Wo gibt es mehr Achtung vor den Menschenrechten und der Würde des Menschen — in den beunruhigenden und zersetzenden Protesten gegen den Krieg in Vietnam im besonderen, und gegen einen Krieg heute allgemein, oder in der stillen, friedlichen Ergebung in das, was stattgefunden hat und sich fortsetzt?